

Facebook

Künast muss draußen bleiben

Facebook will sich nicht in die Karten schauen lassen: Die Vorsitzende des Ausschusses für Verbraucherschutz im Deutschen Bundestag, Renate Künast, scheitert mit ihrem Versuch, den zum Bertelsmann-Konzern gehörenden Dienstleister Arvato zu besuchen. Die Firma prüft in Berlin im Auftrag von Facebook Posts, die von Nutzern als anstößig gemeldet wurden. Künast wollte sich vor Ort ein Bild davon machen, wie und unter welchen Bedingungen Arvato Kommentare löscht und Seiten von Nutzern sperrt. Laut



Künast

der Grünen-Politikerin waren neun Anfragen an Facebook vergebens, sie sei immer wieder vertröstet worden. „Facebook hat ein echtes Problem“, sagt sie. „Ich frage mich, was haben sie zu verstecken, wenn sie meinen Besuchswunsch beharrlich abwehren?“ bs

Manager

Unbegrenzt verdienen

Im Koalitionskrach über exzessive Managerboni verwehrt sich der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) gegen eine pauschale Verurteilung von Führungskräften. „Einzelfälle sind kein Grund, neue Gesetze zu erlassen und damit Tausende unproblematische Gehaltsverträge in Haftung zu nehmen“, sagt BDI-Chef Dieter Kempf, der seit Anfang des Jahres im

Amt ist. Damit wendet er sich gegen Pläne von SPD und Teilen der CDU, die steuerliche Absetzbarkeit von Managergehältern zu begrenzen. „Von Wahlkampfschnellschüssen halte ich nichts“, sagt Kempf und bezeichnet die vorgeschlagenen Regulierungen als „systemfremd“. Gleichzeitig äußerte er Verständnis für die Debatte, die sich an den Abfindungen für die VW-Managerin Christine Hohmann-Dennhardt entzündet hatte: „Es gibt einzelne fragwürdige Fälle, die nicht zu beschönigen sind.“ gt

Bundestag

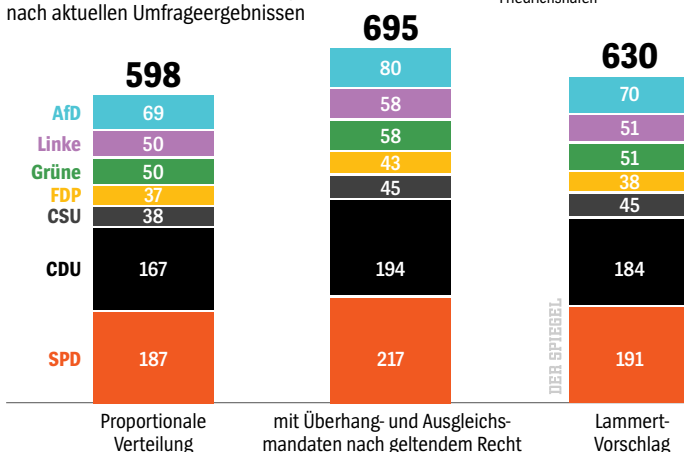
Fast hundert Abgeordnete mehr

Der nächste Bundestag könnte mit 695 Abgeordneten so groß werden wie noch nie. Das zeigen Berechnungen des Friedrichshafener Politologen Joachim Behnke, denen aktuelle Umfragen fünf führender Wahlforschungsinstitute zugrunde liegen: Würde genau so gewählt, hätte der Bundestag 695 statt der regulären 598 Sitze. Zwar hat Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) vor einem Jahr vorgeschlagen, maximal 630 Sitze zuzulassen; dann würden nicht mehr alle Überhangmandate ausgeglichen, wovon vor allem die CSU und nach gängiger Lesart auch die CDU profitieren würde. Doch wegen der drohenden Benachteiligung der anderen Parteien gab es keine Einigung. Britta Haßelmann, Geschäftsführerin der Grünen-Fraktion, kritisiert: „Außer der Union sind sich alle Fraktionen einig, dass Lammerts Vorschlag nicht zustimmungsfähig ist, da er das Wahlergebnis erheblich verzerren kann.“ Es gebe andere Möglichkeiten, aber die Unionsfraktion „verfolgt nur das, was ihr am Ende nützt“. akh, hip

Simulierte Mandatsverteilung

im nächsten Deutschen Bundestag, nach aktuellen Umfrageergebnissen

Berechnung: Joachim Behnke, Zeppelin-Universität, Friedrichshafen



Europol

Parlament beklagt zu wenig Kontrolle

Der Bundestag kritisiert, dass Parlamente den geplanten Machtzuwachs der EU-Polizei Europol nur mangelhaft überwachen können. Laut einer EU-Arbeitsgruppe soll der geplante Europol-Kontrollausschuss rund 60 Mitglieder umfassen – zwei Abgeordnete pro Mitgliedsland. Dies würde bei Zwei-Kammer-Systemen wie dem deutschen dazu führen, dass nur Vertreter der Regierungsfrak-

tionen in das Gremium entsandt würden, die Opposition ginge leer aus. „Zur ausreichenden Legitimation einer solchen interparlamentarischen Kontrolle muss eine ausgewogene Repräsentanz der verschiedenen politischen Gruppen in dem Gremium gewährleistet sein“, heißt es in einer Stellungnahme des Bundestags. Er fordert mindestens vier Mitglieder pro nationales Parlament. Die Forderung, den Kontrollausschuss zu erweitern, erheben neben dem Bundestag allerdings nur Polen und Spanier. csc



Stadtansicht von Jerusalem

CHRIS MCGRATH / GETTY IMAGES

Nahostkonflikt

Merkel gegen Trump

Kanzlerin Angela Merkel hält trotz des Kurswechsels der USA an einer Zwei-Staaten-Lösung im Nahostkonflikt fest. Dies sei auch im Interesse Israels, weil das Land nur so ein demokratischer und jüdischer Staat bleiben könne, heißt es in ihrem Umfeld. US-Präsident Donald Trump hat-

te bei einem Treffen mit dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu in Washington gesagt, die USA bestünden nicht mehr auf einem eigenen Palästinenserstaat. Man werde die amerikanische Regierung darauf hinweisen, dass die Zwei-Staaten-Lösung in mehreren Resolutionen der Vereinten Nationen festgeschrieben sei, heißt es in Berlin. ran